

Beschluss des Landrats vom 30.09.2021

Nr. 1125

40. Applaus reicht nicht 2.0: Pflegeprojekt zur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege

2020/619; Protokoll: mko, bw

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne.

Miriam Locher (SP) hat nachgeschaut, wie oft der am 10. November 2020 verfasste Vorstoss bereits traktandiert war und gemerkt, wie unverändert wichtig er trotzdem ist. Die Situation hat sich überhaupt nicht verbessert. Im Gegenteil, die Situation in der Pflege, die schon vor Corona sehr angespannt war, ist nach wie vor schlimm und fast noch schlimmer geworden. Die Menschen werden immer älter, die chronischen Krankheiten nehmen zu, gleichzeitig gibt es immer weniger qualifiziertes Personal, das immer weniger Zeit hat, um seine Arbeit seriös und den Ansprüchen gerecht zu erledigen. Eine Folge davon ist ein schleichender Qualitätsabbau, weil ein Qualitätsmanagement – ein Erfassen dessen, was nicht gut läuft, um es dann zu verbessern – gar nicht mehr möglich ist. Unter dieser Situation werden alle leiden.

Dies hat langfristige Folgen, weshalb es umso wichtiger ist, dass man das Thema umfassend angeht. Welche Rolle spielt dabei die Politik? Die Spitäler können ein solches Projekt gar nicht anstossen, weil nicht zuletzt der Spardruck viel zu gross ist. Eine solche Gesamtschau ist die Aufgabe der Politik.

Es wurde in Aussicht gestellt, dass irgendwann irgendetwas kommen könnte. Nicht zuletzt deshalb plädiert die SP dafür, den Vorstoss zu überweisen und stehen zu lassen, weil es wirklich nötig ist, dass sich an der Situation etwas ändert.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) möchte darauf hinweisen, dass die Bevölkerung sich für das Pflegepersonal einsetze und das Parlament in dieser Hinsicht eine Mitverantwortung trage. Denn die Pflege ist ein wichtiger Pfeiler der Gesundheitsversorgung.

Viele Pflegenden springen heute sehr früh ab, meistens sind es Frauen, die von ihrem Traumberuf nach wenigen Jahren abkommen und ihm den Rücken kehren – teils weil sie überfordert sind, manchmal auch in Zusammenhang mit der Mutterschaft und der damit verbundenen Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Parlament kann dem nicht einfach zuschauen. Man sollte daran interessiert sein, dass die Pflegenden möglichst lange im Beruf bleiben. Die Regierung argumentierte zwar, dass der Kanton nicht Eigner sei und er deshalb die Betreiber nicht in die Pflicht nehmen könne. Die Grüne/EVP-Fraktion meint jedoch, dass der Kanton eine Gesamtverantwortung habe und die Gesundheitsversorgung eine Sache des Kantons sein soll. Deshalb gilt es, Strategien zu entwickeln, um die Pflegefachpersonen im Gesundheitssystem zu halten. Es gäbe dazu viele Möglichkeiten. Es stimmt nämlich nicht ganz, dass der Kanton mangels Zuständigkeit keine Möglichkeiten hätte. So erhält das Kantonsspital Baselland vom Kanton via Gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) Geld für die Weiterbildung seiner Assistenzärztinnen und Assistenzärzte bis zum Erreichen des Facharztstitels oder für die Spitalexterne Onkologiepflege oder für die Notfallversorgung am Wochenende. Es ist denkbar, dass sich darüber etwas machen lässt. Damit diese und andere Dinge geprüft werden können, sind die Grüne/EVP-Fraktion für das Stehenlassen des Postulats.

Sven Inäbnit (FDP) sagt, dass die Thematik im letzten Jahr im Rahmen anderer Vorstösse schon mehrfach behandelt worden sei. Die Situation hat sich diesbezüglich eben nicht geändert. Man

muss zwei Ebenen unterscheiden: Das Anliegen per se, die Diskussion, wohin sich der Pflegeberuf entwickeln soll und wie man das unterstützen kann, ist das eine. Es sind sich in diesem Saal wohl alle einig, dass diese Diskussion weiterlaufen und in Massnahmen zur Verbesserung münden muss. Die rechtliche Situation im Kanton spielt sich hingegen auf einer anderen Ebene ab. Mit dem Postulat lässt sich nichts bewegen, wie das der Regierungsrat in seiner Antwort klar dargelegt hatte. Es geht dabei auch um Gleichberechtigung. Es wäre unfair, wenn man, wie Karl-Heinz Zeller vorgeschlagen hat, dem KSBL einfach mal GWL rüberschieben würde, denn was sollen denn die anderen Institutionen tun, die nicht über diese Mittel verfügen? So geht das leider nicht. Der Votant meint, dass die Diskussion, die auf nationaler Ebene mit der Pflegeinitiative geführt wird, womöglich die zielführendere Richtung ist, um auf nationaler Ebene eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen. Kantonal ändern tut sich jedoch nichts, wenn man das Postulat überweisen würde. Wie sähe es im regionalen Verbund aus, wenn es kantonal andere Arbeitsbedingungen gäbe? Sollen dann die Arbeitnehmer alle nach Baselland kommen und die Solothurner Spitäler und das USB leeren sich? Es geht nicht, ohne dass man die Situation insgesamt betrachtet. Das Anliegen ist also nach wie vor verständlich und okay, die Lösung lässt sich mit diesem Postulat hingegen nicht erzwingen, auch wenn das schön wäre. Deshalb spricht sich die FDP-Fraktion gegen die Überweisung aus, und dafür, stattdessen die nationale Diskussion zu verfolgen.

Nein, sagt **Caroline Mall** (SVP), der Applaus reiche tatsächlich nicht aus. Aber nicht nur fürs Pflegepersonal reicht er nicht. Es gibt noch viele andere Berufskategorien, die ebenfalls mehr Wertschätzung verdient hätten. Die SVP-Fraktion geht einerseits mit der Postulantin einig. Andererseits darf man nicht wieder eine Gesetzgebung verletzen, wie das in der Vergangenheit zweimal (in Gesetz und Verfassung) der Fall war. Das Gesetz erlaubt es nicht, dass man in das operative Geschäft der Spitäler eingreift. Der Kanton ist auf strategischer Ebene tätig. Der Wunschkatalog ist relativ gross und breit. Natürlich wäre es wünschenswert, man könnte diese Wünsche alle erfüllen. Dem Landrat sind jedoch die Hände gebunden. Die Votantin ist überzeugt, dass wenn die Regierung die Möglichkeit hätte, sie sich vermutlich Gedanken darüber gemacht hätte, wie sich ein Teil dieses Wunschkatalogs umsetzen liesse. Der Vorstoss geht also an die falsche Adresse. In Basel-Stadt wurde vor kurzem eine Petition zu diesem Thema eingereicht. Dieser Weg liesse sich beschreiten. Vielleicht verfolgt die Linke eher diesen Weg, bei der SVP-Fraktion ist der Vorstoss auf jeden Fall falsch platziert. Zum Schluss sei noch gesagt: Wertschätzung wird nicht alleine durch das Geld ausgerichtet.

Dass es im Pflegebereich schon lange Handlungsbedarf gibt, ist für **Christina Wicker-Hägeli** (glp) und die CVP/glp-Fraktion unbestritten. Die letzten Monate haben aufgezeigt, wie wichtig es ist, dass die Schweiz über genügend qualifizierte Pflegerinnen und Pfleger verfügt. Gemäss dem Berufsverband werden bis zum Jahr 2030 rund 65'000 Pflegerinnen fehlen. Wenn man das hört, bekommt man gleich einen hohen Blutdruck. Die Regierung legte in ihrer Antwort jedoch dar, dass sie keinen Handlungsspielraum habe, um in die Anstellungsbedingungen einzugreifen. Trotzdem ist es wichtig, dass in der Politik die Anliegen des Pflegepersonals ernstgenommen und thematisiert werden, um dann nach Lösungen zu suchen. Mit der Pflegeinitiative auf Bundesebene gibt es die Möglichkeit, sich für eine starke Pflege einzusetzen. Es sind alle gebeten, diese zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich der Vorstoss abschreiben bzw. nicht überweisen.

Marc Scherrer (CVP) ist nun etwas verwirrt, denn in der CVP/glp-Fraktion wurde eigentlich abgemacht, dass man das Postulat unterstützen werde. Hat sich das mittlerweile geändert? Auf jeden Fall möchte der Votant kurz begründen, weshalb die Unterstützung befürwortet wird. Zwar macht man sich keine allzu grossen Illusionen, dass alle Punkte gutgeheissen werden und eine kantonale

Lösung gefunden werden kann. Man befindet sich stattdessen irgendwo dazwischen. Auf der einen Seite sieht man das Anliegen und dass etwas unternommen werden muss. Auf der anderen Seite sieht man, dass es schwierig wird. Die CVP/glp-Fraktion möchte jedoch ihrer Linie treu bleiben. Den Applaus 1.0, als es um Vergütungen ging, hat man damals im Landrat unterstützt und beantragt, in der zuständigen Kommission eine saubere Lösung dafür zu finden. Es ist nicht mehr als folgerichtig, dieses Vorgehen ebenso für den Applaus 2.0 zu wählen. Die einzelnen Massnahmen sollten in der Kommission untersucht werden, um nach Möglichkeiten der Umsetzung zu suchen.

Ein Replik auf Karl-Heinz Zeller: GWL wäre möglicherweise ein Weg. Man muss aber auch dafür sorgen, dass das nicht ausgenutzt wird und beim Öffnen dieser Büchse der Pandora aufpassen, dass die Spitäler ihre fehlenden Beträge nicht einfach mit GWL kompensieren. Es ist zu bezweifeln, ob das der richtige Ansatz ist.

In der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission stellte der Votant dem KSBL, als sie sich zu seiner Strategie vernehmen liessen, die Frage, ob aufgrund dieses Vorstosses bereits Massnahmen getroffen worden seien. Das KSBL hat immerhin bestätigt, dass diese Punkte diskutiert und sie ernst genommen werden und man bestrebt sei, intern nach Lösungen zu suchen. Was das konkret heisst, darüber braucht man heute nicht zu spekulieren. Folgerichtig ist aber, das Anliegen in der Kommission sachlich zu behandeln.

Miriam Locher (SP) dankt Marc Scherrer für sein Votum und hofft, dass sich die Mitte noch einig wird.

Die Votantin möchte auf einige Punkte eingehen, die zur Sprache gekommen sind. Die Diskussion über die anderen Berufskategorien, die ebenfalls betroffen sind, wurde schon einmal geführt. Die SP und die Votantin (mit ihrem gewerkschaftlichen Hintergrund) wissen sehr gut, dass es andere Berufszweige gibt, denen es ebenfalls schlecht geht. Sie setzt sich ja auch dafür ein. Dass man den Vorstoss ablehnt, nur weil es nicht möglich ist, einen Vorstoss zugunsten der Arbeitsbedingungen aller zu machen, ist als Argument ganz schlecht. Beim vorliegenden Vorstoss geht es um die Pflege. Man darf sehr gerne einen Vorstoss auch zugunsten anderer Berufsgruppen lancieren. Vielleicht gehe die Linke auf die Strasse, hat es geheissen. Die Linke ist in der Tat schon einige Male auf die Strasse gegangen, auch für die Arbeitsbedingungen. Von der Pflege sind aber alle irgendwie betroffen und deren Situation hat sich wirklich zugespitzt. Deshalb liegt nun die Verantwortung bei der Politik.

Die angesprochene Petition in Basel-Stadt, unterzeichnet von über 1'000 Angestellten des Universitätsspitals, wurde letzte Woche überreicht. Darin werden Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen gefordert.

Es ist nun wirklich nötig, eine Lösung zu finden. Die zuständige Kommission kann sich den angesprochenen Punkten sehr gut annehmen, weshalb die Postulantin dafür plädiert, den Vorstoss zu überweisen. Nichts machen ist sicher keine Lösung.

Lucia Mikeler Knaack (SP) führt sich als Mitglied der Gruppe der Pflegenden (wenn auch als Hebamme) gedrängt, ein Wort dazu zu sagen. Sie ist im Wesentlichen einverstanden mit der Einschätzung, dass hier eine Berufsgruppe bevorteilt wird. Es geht hier aber um etwas Wichtiges, es geht um die Gesundheit. Gestern wurde im Nationalrat eine ähnliche Debatte geführt zur Frage, wer für die bessere Entlohnung und die besseren Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals zuständig ist. Der Votantin scheint, der Ball springt hin und her. Im Nationalrat konnte man sich nämlich nicht einigen und verwies stattdessen auf die Pflegeinitiative. Nach einer Interpellation der glp kam dann die Antwort: Die Spitäler, Heime und die *Kantone* sollen die Arbeitssituation verbessern. Der Bund hat in diesem Bereich keine Kompetenzen. Damit ist klar, dass der Kanton mit in der Verantwortung steht. Die Votantin unterstützt natürlich auch die Anregung, mit GWL auszuhelfen.

Peter Brodbeck (SVP) entnahm der Debatte, dass man etwas unternehmen müsse, konkrete Vorschläge kamen jedoch nicht. Das ist verständlich. Denn wenn Vorschläge eingebracht worden wären, hätte man den Vorschlagenden entgegenhalten müssen, dass solche Dinge Sache der Branche seien und zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelt werden müssten. Das ist nicht Sache der Politik. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass die Finanzierung im Gesundheitswesen anders funktioniert als in der Wirtschaft. Grundsätzlich braucht es auf eidgenössischer Ebene Lösungen. Ein Thema ist die erwähnte Pflegeinitiative.

Zudem muss man sehen, dass es – wie überall in der Wirtschaft – Angestellte gibt, die sich im einen Betrieb wohler fühlen als in einem anderen. Das ist auch im Gesundheitswesen der Fall. Wahrscheinlich gibt es Angestellte, die sich an ihrem Arbeitsort sehr wohl fühlen, weil man sich dort um sie kümmert und Lösungen anstrebt. Das Kantonsspital Baselland bietet beispielsweise an den Standorten Bruderholz und Liestal eine Kita für die Mitarbeitenden an. Das ist eine von vielen Möglichkeiten. Es müssen also keine politischen Lösungen auf den Tisch, sondern solche, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelt werden müssen. Wenn eine generelle, alle im Gesundheitswesen angestellten Personen betreffende Lösung angestrebt wird, dann muss diese aufgrund der Form der Finanzierung des Gesundheitswesens auf Bundesebene gefunden werden.

Markus Dudler (CVP) möchte nicht auf den finanziellen Aspekt zu sprechen kommen. Dass das Pflegepersonal sich im Sommer nicht mit aller Kraft für eine hohe Impfquote eingesetzt hat, war enttäuschend. Es wurde sogar über die Zertifikatspflicht am eigenen Arbeitsplatz diskutiert. Es wurde die Chance verpasst, sich die Arbeit dadurch leichter machen zu können, indem für eine hohe Impfquote gekämpft wird. Das ist aber kein Grund, diesen Vorstoss nicht zu unterstützen.

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) betont, das Thema werde noch länger beschäftigen. Viele Argumente wurden bereits genannt, besonders dass in Kürze eine nationale Abstimmung zu dieser Thematik ansteht. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz und auch der Kanton Basel-Landschaft unterstützen diesbezüglich den Gegenvorschlag, der ebenfalls eine Verbesserung bringen wird.

In Kürze wird in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission der Bericht zum Postulat 2020/333 («Applaus ist nett, gerechte Löhne sind echte Wertschätzung») behandelt. Der Regierungsrat veröffentlichte diesen Bericht am 14. September und behandelt diese Frage ebenfalls. Markus Dudler hat sich sehr nett und etwas verklausuliert ausgedrückt. Etwas deutlicher: Gerade diese Woche hat der Regierungsrat vom Spital vernommen, dass die Durchimpfungsraten beim Pflegepersonal auf die ganze Population bezogen unterdurchschnittlich sind. Dies muss man leider sagen. Der Regierungsrat ist gegen einen Impfwang oder Methoden à la Swiss («Wer sich nicht impft, fliegt»). Alle Pflegenden sind aber gebeten, ihre individuelle und aber auch die kollektive Risikoabwägung vorzunehmen und sich zu überlegen, ob die Impfung zur Bekämpfung der Pandemie nicht die bessere Lösung für sie selbst wäre. Damit kann man zur besseren Arbeitsplatzsicherheit beitragen.

Das Thema ist wichtig. Letztlich ist die Frage, wie viel die Gesellschaft bereits ist, über Krankenkassenprämien oder Steuern ins Gesundheitswesen zu investieren. Diese Prämienrunde ist zum Glück negativ, das ist ein gutes Signal. Kann man so weitermachen, besteht vielleicht wirklich die Möglichkeit, dass die Gesellschaft bereit ist, zugunsten der Anstellungsbedingungen des Personals zu investieren. Da sind nicht einmal die individuellen Löhne gemeint, die im Vergleich zum Handwerk nicht so schlecht sind, sondern beispielsweise, dass genügend Personal vorhanden ist, um Schichten so planen zu können, dass auch Erholungszeiten sichergestellt sind.

Da das Thema sowieso auf der Pendenzenliste bleiben und demnächst in der VGK behandelt wird, gelangte der Regierungsrat zur Ansicht, dass das vorliegende Postulat abgelehnt werden kann.

Christina Wicker-Hägeli (glp) entschuldigt sich für das vorherige Missgeschick. Die CVP/glp-Fraktion wird die Überweisung des Postulats unterstützen.

Tania Cucè (SP) fragt sich, weshalb nun über den Impfwillen der Pflegenden gesprochen werde. Darum geht es nicht. Dieser Nebenschauplatz hat nichts mit den Forderungen zu tun. Corona hat verdeutlicht, wo die bereits seit langer Zeit bestehenden Probleme sind. Jetzt übers Impfen zu diskutieren, ist eine reine Ablenkung von den wirklichen Problemen, die seit langer Zeit im Pflegebereich vorhanden sind. Es wäre schön, könnte man sich auf die Forderungen zurückbesinnen.

Peter Riebli (SVP) hält es für sehr populär, wenn man sich hier im Plenum und für die Empore als Gutmensch hinstellen könne, der dafür schaue, dass Pflegende mehr Geld erhalten. Das hört sich gut an und macht sich morgen gut in der Zeitung. Aber die Politik hat hierzu gar nichts zu sagen. Es handelt sich um GAV und privatrechtliche Verträge. Egal wie lange der Landrat darüber spricht, wie gut er ist und dass er allen mehr Geld geben möchte – geschehen wird nichts. Der Landrat hat keinerlei Einfluss. Das Postulat kann überwiesen werden, damit die Gegenseite ein gutes Gefühl hat – ein Resultat wird es aber nicht bringen. Oder man ist ehrlich und sagt, dass es wichtig und schön wäre, könnte man Pflegende vielleicht besser entschädigen, dass wir selbst es jedoch nicht tun können. Politisch sind dem Landrat die Hände gebunden und dazu muss man halt einfach stehen und sich nicht selbst etwas vormachen. Peter Riebli versteht die Welt nicht mehr. Der Landrat hat keinerlei Handlungsspielraum. Es bleibt nur eins: Das Postulat ist abzulehnen.

Mirjam Würth (SP) findet die Diskussion unwürdig. Der Vorstoss besagt, den systemrelevanten Pflegenden soll nicht nur Applaus, sondern mehr Wertschätzung entgegengebracht werden – Wertschätzung, die auch pekuniär messbar ist. Es ist falsch, den Nebenschauplatz des Impfens zu eröffnen. Wie hoch die Impfquote ist, hat gar nichts mit dem Thema zu tun. Wer Kranke pflegt, muss einen riesigen Einsatz leisten. Von zehn Covid-Patienten, die auf der Intensivstation landen, muss ein Drittel aufgegeben werden. Man stelle sich vor, was dies für die Pflegenden bedeutet. Es besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass sich der geleistete Einsatz nur vielleicht lohnt. Trotzdem setzen sich diese Menschen ein. Die Diskussion läuft vollkommen verkehrt. Die Menschen in der Pflege sind systemrelevant. Es wurde viel Geld in andere Industrien gesteckt, weil sie systemrelevant sind. Das Postulat soll überwiesen werden.

Urs Roth (SP) kann es nicht unterlassen, sich zu diesem Thema zu äussern. Der Fachkräftemangel wird die grösste Herausforderung im Gesundheitswesen in den nächsten zwanzig Jahren. Ganz so einfach wie Peter Riebli es darstellte, ist es nicht, denn es handelt sich um ein öffentlich mitfinanziertes Business. Letztlich geht es bei den Gesundheitseinrichtungen um eine duale Finanzierung aus prämiertenfinanzierten und öffentlichen Geldern. Deshalb kann sich der Landrat dieser Debatte nicht einfach entziehen, wie es vorhin dargelegt wurde. Es handelt sich um eine der komplexesten Fragen, und es mag sein, dass der Ansatz über die GWL vermutlich nicht der richtige ist, um eine nachhaltige Lösung herbeiführen zu können. Die Komplexität rechtfertigt jedoch nicht, dass sich der Landrat weiterer Überlegungen entzieht. Marc Scherrer hat recht, dass die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat nochmals eine Diskussion führen soll.

Marc Scherrer (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion stimme der Überweisung zu, weil sie eine utopische Diskussion im Landrat verhindern und diese in der Kommission führen und mit einem vernünftigen Vorschlag in den Landrat zurückkehren wollte. Diese fand nun trotzdem statt. Da er aber der letzte Redner ist, kann er auf den Antrag zur Schliessung der Rednerliste verzichten. Eine Replik an Peter Riebli, der mit Ausnahme eines Punktes mit allem recht hat: Im Postulat werden nicht nur monetäre Leistungen gefordert, sondern auch organisatorische. Über Verbesse-

zungspotential in diesen Punkten kann der Kanton mit dem KSBL diskutieren. Deshalb muss das Postulat überwiesen werden, damit es später in der Kommission behandelt werden kann.

://: Mit 47:33 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
